

**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpreise@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpreise@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)

[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)

[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

25.07.2016

Pressemitteilung Nr. 17/841

## **Tonne: CDU instrumentalisiert Opfer in Bayern für parteipolitisches Spiel**

„Das ist eine Geschmacklosigkeit und eine klare Grenzüberschreitung“, kritisiert der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Grant Hendrik Tonne den Versuch der CDU, die Opfer der Anschläge in Bayern zu instrumentalisieren. Die Behauptung, dass die Ereignisse von Bayern die Notwendigkeit eines Untersuchungsausschusses in Niedersachsen rechtfertigen, ist absurd. Sie ist mit Blick auf die Opfer und ihre Angehörigen abgründig.“

„CDU-Obmann Nacke ist schon lange nichts mehr peinlich, um den aus unserer Sicht völlig überzogenen Untersuchungsausschuss zum Islamismus in Niedersachsen irgendwie zu rechtfertigen. Die heutige Pressemitteilung der CDU ist ein erneuter negativer Höhepunkt.“

Tonne betont: „Die Kosten für den PUA ufern völlig aus, schon jetzt sind 1,5 Millionen Euro Personalkosten für Landesbedienstete aufgelaufen. Das ist das eigentliche Problem. Fachleute in unserem Land sind, anstatt ihre originären Auf-

gaben als Sicherheitskräfte zu erledigen, damit beschäftigt, Akten für Herrn Nacke zusammensuchen. Dieses Problem haben Polizeigewerkschaft und der Bund der Kriminalbeamten frühzeitig benannt, der CDU ist das leider egal.“

Der Untersuchungsausschuss werde die Sicherheitslage im Land nicht verbessern. „Aber er behindert die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Das muss die CDU sich zuschreiben“, macht der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion deutlich.

„Wir erwarten von der CDU, dass sie unserem Vorschlag auf Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten mit umfassenden Befugnissen zustimmt und endlich in die Normalität zurückkommt“, so Tonne.